

04/2004

»der freie Wähler«

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Postvertriebsstück Nr. B 8837 F



FREIE WÄHLER

## Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler,



wir Deutschen sind ein sterbendes Volk. Diese Aussage ist nicht neu und hat uns lange Zeit nicht wesentlich beunruhigt. Das mag auch daran liegen, dass wir uns vielleicht noch nicht der ganzen Tragweite dieser Tatsache bewusst waren oder sie erst in allzu ferner Zukunft sahen. Doch spätestens seit unsere künftigen Renten massiv auf dem Prüfstand stehen und endlose Diskussionen um tief greifende Reformen geführt werden, haben viele erkannt, wie ernst die Lage eigentlich ist. Denn die demographischen Veränderungen, die unserem Land bevorstehen, werden tiefgreifende Auswirkungen auf unser gesamtes wirtschaftliches wie gesellschaftliches Leben haben.

Schon heute fehlen in unserem Land elf Millionen Kinder und junge Erwachsene. Elf Millionen Menschen, die als Verbraucher aber auch als Beitragszahler dringend notwendig wären und durch ihr „Nichtvorhandensein“ für eine erlahmte Volkswirtschaft und hohe Arbeitslosigkeit sorgen. Seit Anfang der 70er Jahre sinkt die Geburtenrate in unserem Land und zwar in so dramatischem Ausmaß, dass jedes Jahr etwa 400.000 Kinder zu wenig geboren werden, um den Bestand der Bevölkerung langfristig zu sichern.

Wenn wir nicht in wenigen Jahren vor allem im ländlichen Raum eine Verödung unserer Heimat hinnehmen wollen, dann müssen wir jetzt unsere Familien fördern und

Maßnahmen in der Bildungs- sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ergreifen! Auf der Delegiertenversammlung in Naila haben wir erste Vorschläge gemacht, wie wir der demographischen Katastrophe entkommen können. Unsere Delegierten haben die Bearbeitung dieses zukunftsweisenden Themas mit großer Zustimmung aufgenommen. Die FREIEN WÄHLER werden die Familienpolitik auf allen Ebenen zusammen mit der Kommunalpolitik ins Zentrum ihrer Arbeit rücken. Auch im freien Wähler werden wir uns zukünftig intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Die Diskussion eröffnen wir in dieser Ausgabe mit Vorschlägen zu Schule und Bildung.

Ihr

Armin Grein,  
FW-Landesvorsitzender

## Eine neue Familienpolitik erfordert eine neue Bildungspolitik



Ein Glück für das Kind, welches in einer wohlgeordneten Familie aufwächst: Dessen Mutter sich um die Hausaufgaben, Kindergeburtstage und Fahrdienste zum Violinunterricht, Volleyball oder sonst wohin kümmert. Aber das ist leider nicht die Regel. Ob wir es wollen oder nicht: Auf die Schule kommen immer mehr Betreuungs- und Erziehungsaufgaben zu.

Die Ganztagschule wird deshalb unvermeidlich sein. In den Ländern, die in der PISA-Studie vorne liegen, ist sie übrigens größtenteils schon die Regel. Ganztagschu-

le darf aber nicht gleichbedeutend sein mit Ganztagsunterricht. Die Hauptaufgabe der Ganztagschule ist Betreuung am Nachmittag und Erziehung zur Gemeinschaft. Diese beginnt mit dem gemeinsamen Mittagessen und setzt sich fort in betreuter Freizeitgestaltung und individueller Förderung insbesondere schwächerer Schüler. Ganztagschule in diesem Sinne lässt sich auch damit vereinbaren, dass besonders engagierte Eltern, die dies so wollen, ihr Kind auch für den Nachmittag nach Hause holen können. Allerdings sollte im Interesse der Ausbil-

Von Gerhard Losher,  
FW-Landespressesprecher

dung einer Schulgemeinschaft der Nachmittag an der Schule an zwei Tagen in der Woche Pflicht sein.

### Die Schule von heute ist unzureichend gerüstet

Für diese Aufgabe ist die Schule von heute jedoch nicht vorbereitet: Sie darf weder „Lern-“ und „Notenmaschine“ sein, noch „Aufbewahrungsanstalt“. Die Mängel unseres derzeitigen Schulsystems liegen auf der Hand. Beispiel Hauptschule: Es ist ein Skandal, wie viele Schüler derzeit nicht einmal den

Hauptschulabschluss erreichen. Für die weiterführenden Schulen gilt ähnliches: Bei weitem nicht alle Schüler, die das Potenzial dafür haben, kommen dort zu einem Abschluss. Der Fehler liegt nicht am Verhalten des einzelnen Schülers, sondern an unserem Erziehungs- und Bildungssystem. Wenn, wie es leider immer häufiger zu beobachten ist, das Elternhaus seiner Erziehungsaufgabe nicht mehr gerecht werden kann, dann muss die Schule einspringen. Eine andere Lösung gibt es nicht! Hierbei geht es nicht um hehre idealistische Zielsetzungen, sondern um blanke Notwendigkeit: Bei einer Bevölkerungsentwicklung, die dazu führt, dass in 20 Jahren auf zwei Rentenbeitragszahler ein Rentner kommt, können wir uns solche Qualifizierungslücken schlicht und einfach nicht mehr leisten. Das Minimalziel muss lauten: Jeder Hauptschüler muss auch zu einem qualifizierten Abschluss geführt werden.

Dies erfordert einen völlig neuen Typus Schule:

Die Schule soll die Familie nicht ersetzen, aber sie soll sie ergänzen. Wesentliche neue

Aufgabe neben der schulischen Qualifizierung ist die Erziehung zur Gemeinschaft. Die Schule als Lern-, Tisch- und Spielgemeinschaft soll zu einem ausgeprägten „Wir-Gefühl“ führen, durch das – wie in einer großen Familie – sich der Einzelne auch dem Gesamten verantwortlich fühlt. In dieser Schulgemeinschaft vollzieht sich die Entfaltung der Schülerpersönlichkeit. Ganz entscheidend ist dabei, dass die Eltern mit einbezogen sind. Die Schulgemeinschaft besteht damit aus Schülern, Lehrern/Erzieher und Eltern.

### **Schule als Heimat, Schule als Lebensraum**

Diese Schulgemeinschaft Schüler-Lehrer/Erzieher-Eltern kann wie ein Verein geführt werden, der auch eine eigene Kasse besitzt. Wenn die Eltern in das Schulgeschehen eingebunden sind, kann es auch gelingen, die finanziell leistungsfähigen unter ihnen für durchaus beachtlichen Spenden zu gewinnen. Aus diesem Schulkonto können dann gemeinsame Anschaffungen, Aktionen und insbesondere auch ein materieller sozialer Ausgleich für schulbedingte Ausgaben von

finanziell schlechter gestellter Eltern geleistet werden. Dazu müssen aber auch die Eltern wesentlich mehr als bisher in die Verantwortung genommen werden. Dies lässt sich freilich nicht erzwingen, aber in vielen Fällen doch erreichen. Durch Eltern-Mitspracherecht und Eltern-Beteiligung. Ansätze dazu gibt es zuhauf: Gemeinsame Ausflüge, Theateraufführungen, Projektarbeit, Abendvorträge und Veranstaltungen an der Schule sowie ein regelmäßiger Jourfix, an dem sich Eltern, Lehrer und Erzieher austauschen können.

Um jedoch überhaupt ein Gemeinschaftsleben an der Schule einzuführen, das über den Unterricht und die Betreuung hinaus geht, braucht die Schule mehr Freiraum und Handlungsspielräume. Deshalb muss eine „Entstaatlichung“ der Schule erfolgen, indem nur Mindeststandards festgelegt und die überzogenen staatlichen Zwänge aufgehoben werden. Dazu gehört, dass die Finanzhoheit und auch die Personalhoheit so weit als möglich an die Schulen zurück gegeben wird. Dadurch sollen sie in die Lage versetzt werden, mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit zu entwickeln und ein eigenes Schulprofil herauszubilden. Dabei stehen sie im Wettstreit mit den anderen Schulen und gewinnen dadurch an Attraktivität und Qualität.

## **Umdenken tut Not**

Mit Geld alleine lässt sich keine Änderung in der Bevölkerungsentwicklung erreichen. Mindestens genau so erforderlich ist ein allgemeines Umdenken in der Gesellschaft, ein Bewusstseinswandel:

Familie und vor allem Kinder müssen wieder als Wert anerkannt werden, und nicht als Last oder als „lästig“. Familie als Wert für sich kann aber auch nicht die Rückkehr zu überkommenen Gesellschaftsvorstellungen im Sinne von „Kinder, Küche, Kirche“ bedeuten. Es spricht für sich, dass je höher der Bildungsgrad junger Familien oder Lebenspartnerschaften ist, die Zahl der Kinder immer mehr abnimmt. Der wesentliche Grund dafür ist eine weitgehende Unvereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf. Aber auch im 21. Jahrhundert werden berufstätige Frauen, die Kinder haben, häufig noch als „Rabenmütter“ angesehen.

### **Freie Wähler für ein zeitgemäßes und offenes Familienbild**

Vor diesem Hintergrund ist es unsere Aufgabe, ein modernes, d.h. zeitgemäßes, offenes und liberales Gesellschaftsbild zu entwerfen, in dem junge Paare sich mit ihrem Kinderwunsch wieder finden und verwirklichen können. Dies erfordert jedoch, dass Alleinerziehende ebenso wie „Patchworkfamilien“ also „zusammengewürfelte“ Familien aus neuen Lebenspartnerschaften, die gleiche Wertschätzung und die gleiche Förderung erfahren wie die „klassische“ Familie. Familienpolitik muss als politische Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden.

### **Wahlfreiheit der Frau: Kind UND Karriere muss möglich sein**

Familienpolitik muss dort ansetzen, wo sich ein junges Paar mit der Frage auseinandersetzt, ob es Kinder will. Dabei müssen für Mann und Frau Wege aufgezeigt werden, die ein Ja zum Kind möglich machen, auch wenn beide ihre berufliche Entwicklung weiter führen wollen. Dies geht nur über ein umfassendes Betreuungsangebot auch schon für Kleinkinder, wie es in anderen Ländern bereits selbstverständlich ist. Entscheidet sich ein Partner für die Kindererziehung und bleibt zu Hause, so muss dafür ein höherer materieller Leistungsausgleich als derzeit gewährt werden.

### **Kinder kriegen und Kinder erziehen darf nicht materiell bestraft werden**

Dreh- und Angelpunkt einer solchen Familienpolitik ist es, einer jungen Familie die Entscheidung für ein Kinder leichter zu machen. Es geht dabei gar nicht darum, das Kinderkriegen zu „belohnen“, sondern einen materiellen Ausgleich zu schaffen, der für viele die Gründung einer Familie erst ermöglicht. Im öffentlichen Bewusstsein muss darauf hin gearbeitet werden, dass auch unter dem Aspekt „Kinder und Familie“ die Frau das gleiche Recht zur persönlichen und beruflichen Selbstverwirklichung hat wie der Mann.

## **Stärkung der Eigenverantwortung der Schule**

Ein wesentlicher Gesichtspunkt in der Zukunftsentwicklung der Bevölkerung ist der Ausländeranteil, der in Bayern bei knapp zehn Prozent liegt. In dieser Bevölkerungsgruppe ist die Kinderzahl pro Familie weit aus am höchsten, dies bedeutet: Für die Erwirtschaftung des Sozialprodukts in 20 Jahren werden die Ausländerkinder von heute eine ganz entscheidende Rolle spielen. Es muss im Interesse Aller liegen, dass auch sie möglichst gut qualifiziert sind, weil sie ja die Leistungen von morgen produzieren. Hier aber herrscht im Moment ein eklatanter Missstand: Nur rund ein Drittel (35 Prozent) aller Ausländerkinder in Bayern besuchen weiterführende Schulen. Zwei Drittel bleiben an der Hauptschule. Ein Viertel (25 Prozent) schafft nicht einmal den Hauptschulabschluss.

Und eben dieser Bevölkerungskreis trägt einen überproportional großen Anteil an der Erwirtschaftung des zukünftigen Sozialprodukts. Es muss also in unserem Interesse liegen – von gesellschaftspolitischen und moralischen Überlegungen einmal ganz abgesehen – sie möglichst gut auszubilden und zu qualifizieren. Dies geht aber nur über Integration sowie individuelle und intensive Förderung an der Schule.

## Deutschkenntnisse stehen an erster Stelle

In Punkto Deutschkenntnisse dürfen wir unbesorgt die Forderungen von Beckstein und Schily übertreffen: Es muss erreicht werden, dass jedes fremdsprachige Kind nach drei Jahren Schule die deutsche Sprache fließend und fehlerfrei beherrscht und in seinen schriftlichen Fähigkeiten das Leistungsniveau der Klasse halten kann. Auch die Eltern müssen, wo es nur geht, über Sprachkurse an die deutsche Sprache herangeführt werden. Für staatliche Leistungen und insbesondere natürlich bei der Einbürgerung muss dies Voraussetzung sein.

Nun kommen wir zur „Gretchenfrage“: Wer soll das bezahlen? Die Antwort ist: Wir müs-

## Der „Kindergutschein“

Das hier beschriebene Modell eines „Kindergutscheins“ ist am französischen Sozialsystem orientiert. Frankreich weist neben Irland die höchste Geburtenrate in Europa auf.

Der „Kindergutschein“ enthält zwei Elemente:

1. **Ein Begrüßungsgeld**, mit dem die ersten Kostenbelastungen nach einem Kindersegen anerkannt werden.
2. **Einen Gutschein**, den die Familie auf zweierlei Weise einlösen kann:
  - Kinderbetreuung in einem ganztägigen Kinderhort von null bis drei Jahren (wenn sich die Frau dafür entscheidet, im Beruf zu bleiben),

oder:

- Familiengeld, das einen mehr als nur symbolischen Ausgleich für die Einkommensverluste bietet, wenn die Frau/der Mann sich dafür entscheidet, sich voll der Familie zu widmen.

Voraussetzung dafür ist ein durchgehendes Betreuungsnetz, das vom Kleinstkind bis zum Schulabschluss reicht. Das Betreuungssystem ist in sich differenziert in:

- Kinderkrippe für Kinder von null bis drei Jahren (freiwillig)
- Kindergarten für Kinder bis fünf Jahre (freiwillig)
- Vorschule am Kindergarten: Betreuung und Heranführen ans Lernen.

Das Vorschuljahr am Kindergarten sollte als **Pflichtjahr** für alle schulpflichtigen Kinder (incl. Ausländerkinder) ausgestaltet sein.

sen das bezahlen. Wir müssen grundlegend umdenken und unsere Prioritäten neu ordnen, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Aber eines kann man bestimmt nicht sagen: Dass ein solches Betreuungs- und Bildungsmodell nicht finanzierbar sei. Das französische System der Familien-

leistungen, welches viel weiter gehend ist als unseres, macht ganze vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Es soll keiner sagen, dass man das nicht leisten könne! Auch hier hilft wieder der pragmatische Ansatz der Freien Wähler. Und der lautet: Das Wichtigste zuerst, und dann das Andere.

## Brauchen wir Zuwanderung?

Eine Diskussion, der wir uns stellen müssen.

Zuwanderung oder Kindersegen? Das ist eine der entscheidenden Fragen, die sich stellen, wenn man nach Wegen sucht, den absehbaren Rückgang in der Bevölkerungsentwicklung zu stoppen. Bislang wurden in Deutschland die sinkenden Geburtenzahlen durch steigende Lebenserwartung und durch Zuwanderung kompensiert. Durch den islamistischen Terror, jüngstes Beispiel die Ermordung des holländischen Filmemachers Theo van Gogh, zeigt sich die Zuwanderung jedoch in einem anderen Licht: Warum ist die Integration in den Niederlanden gescheitert? Kann das auch bei uns passieren?

### Gefahren der Zuwanderung:

#### Islamistischer Terror in Europa ?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass das Attentat in den Niederlanden nicht nur das Ergebnis einer gescheiterten Integration der islamischen Minderheit im Land darstellt. „Parallelgesellschaft“ heißt das Stichwort dafür. Die eigentliche Ursache ist auf den ersten Blick sogar noch bedrohlicher: Das Gedankengut des 11. September, der Kriegszug islamistischer Terroristen gegen den „gotteslästerlichen Westen“, hat nun zum zweiten Mal nach Madrid Europa als Schauplatz ausgewählt. Dass dies in den Niederlanden geschah, erklärt sich dadurch, dass fundamentalistische Ideen hier einen fruchtbaren Nährboden in einer nicht-integrierten Minderheit gefunden haben, deren Wertesystem zum Teil in grundsätzlichem Gegensatz zu unseren durch die Aufklärung geprägten Idealen stehen.

#### „Islamismus“ ist nicht gleich „Islamismus“

Diese, auf den ersten Blick weit ausholenden Gedanken, sind wichtig, wenn wir vor dem Hintergrund eines weltweiten und religiös fanatisierten Kulturkampfes die Frage der Zuwanderung im eigenen Land diskutieren. Übrigens dürfen dabei auch die verschiedenen Herkunftsländer islamischen Glaubens nicht einfach in einen Topf geworfen werden: Das türkische Verständnis des Islam ist auch unter Fundamentalisten bei weitem nicht so politisch aggressiv wie im arabischen bzw. nordafrikanischen Islamismus. Das zeigt sich besonders in der völlig unterschiedlichen Behandlung der Palästina-Frage oder des Irak-Krieges.

### Wer steht in 20 Jahren für die Rentenzahlungen gerade?

In der Debatte um die Zuwanderung stehen auf der einen Seite die Sorge um Überfremdung, auf der anderen die dramatischen Fakten der Bevölkerungsentwicklung: Wer zahlt in 20 Jahren die Renten für den absehbaren Überhang an Rentenempfängern? Wer erwirtschaftet das Bruttoinlandsprodukt? In der wirtschaftlichen Frage zeigt sich das Damoklesschwert der Bevölkerungsentwicklung von seiner bedrohlichsten Seite: Bei dem Problem des Geburtenrückgangs geht es gar nicht darum, ob wir ein „sterbendes Volk“ sind, sondern es geht um die Lebensqualität der heute Arbeitenden und der ihnen folgenden Generation.

### Bayern ist kein Einwanderungsland, aber:

Bietet die Zuwanderung dafür eine Lösung oder schafft sie nur neue Probleme? Wir müssen uns der Debatte um die Zuwanderung stellen, aber nicht ideologisch, sondern auf pragmatische Weise und mit Augenmaß. Dazu gehört zum einen die Feststellung, dass mit künstlich forcierter Zuwanderung nicht die aktuellen demographischen und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen „glattgebügelt“ werden können. Zum anderen aber dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass Zuwanderung seit Jahrzehnten schon Realität ist und dass wir uns auch in Zukunft nicht davor verschließen können. Aber dann müssen wir auch die richtige Konsequenz daraus ziehen, und die heißt: Integration. Die lässt sich aber nicht durch einen Eid auf das Grundgesetz erzwingen – diese Forderung des Bayerischen Ministerpräsidenten ist billig und populistisch. Auch „Integration“ muss pragmatisch angegangen werden, und der erste Schritt dazu ist das Erlernen der deutschen Sprache (s. Hauptartikel). Wenn von ausländischen Minderheiten in Deutschland gesprochen wird, denkt man schnell an Berlin-Kreuzberg, aber kaum einer macht sich Gedanken darüber, dass auch in Augsburg rund 45.000 Ausländer aus über 140 Nationen leben. Damit ist Augsburgs Ausländeranteil mit 16,5 Prozent fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Sie haben noch nichts davon gehört? Das muss uns doch Zuversicht geben, dass auch in Zukunft ein geräuschloses Miteinander (nicht Nebeneinander!) der verschiedensten Kulturen möglich ist.

# Möglichkeiten und Grenzen einer Bürgerstiftung

Von Dr. Hans Jürgen Fahn

Egal, ob es sich um Erlenbachs Schwimmbad, die Musikschule, die Frankenhalle oder die Bibliothek handelt – Wolfgang Großmann, Vorsitzender vom Ortsverein der Freien Wähler Erlenbach und gleichzeitig dritter Bürgermeister, fallen auf Anhieb mehrere Einrichtungen ein, die in Zeiten leerer kommunaler Kassen um außerplanmäßige Zuschüsse bangen könnten. In der Hoffnung, eine Bürgerstiftung könne eine Lösung für die Finanzprobleme der Gemeinde sein und auch das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern, hatten die Freien Wähler gemeinsam mit dem Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern (BKB) am Dienstag, dem 26.10.2004, zu einem Infoabend über das Thema geladen.

Zu Beginn der Veranstaltung betonte der FW-Kreisvorsitzende und Stadtrat Dr. Hans Jürgen Fahn, dass das Thema Bürgerstiftung bisher im Landkreis Miltenberg noch nicht diskutiert worden sei. Derzeit gebe es in Deutschland rund 15 Bürgerstiftungen, zehn weitere seien in der Gründungsphase. Die Idee, die dahinter steckt, stammt ursprünglich aus den USA und ist eigentlich ganz einfach. Viele kleine Beiträge von Bürgern summieren sich zu einem Vermögen und ermöglichen so eine effektive gemeinnützige Initiative. Ziel einer Bürgerstiftung ist es auch, Bürgerinnen und Bürgern, die wenig Geld haben, eine Möglichkeit des kulturellen oder sozialen Engagements zu eröffnen.

Doch die erhofften finanziellen Mittel kann eine Bürgerstiftung nicht einbringen – zumindest nicht so schnell, das wurde im Laufe des Vortrags von Martin Harth schnell klar. Harth, seines Zeichens Stadtrat und Vorsitzender der Bürgerstiftung in Markttheidenfeld (Main-Spessart-Kreis), berichtete den Zuhörern über die Erfahrungen der dort seit vier Jahren existierenden Stiftung. Das Problem an der Sache sei der Kapitalgrundstock, der angehäuft werden müsse, bevor so eine Stiftung überhaupt erst arbeiten könne. „Aus meiner heutigen Erfahrung heraus würde ich einen Grundstock von mindestens 100.000 Euro empfehlen“, sagte Harth.

## Geld für das Wohl der Gemeinde stiften

Auch wenn es Sinn einer Bürgerstiftung ist, dass Bürger für das Wohl ihrer Gemeinde, beziehungsweise für kulturelle oder soziale Zwecke Geld stiften, so könne diese Summe nicht allein von „Normalbürgern“ eingebracht werden. Mindestens ein Großspender sei nötig, führte Harth aus. In Markt-

theidenfeld war dieser Großspender 1998 die Stadt selber, die 150.000 Euro spendete. „Darüber hinaus verpflichtete sich die Stadt, ein Jahr lang für jeden gestifteten Euro bis zu einer Höhe von 1000 Euro nochmals dasselbe drauf zu legen“, erklärte Harth. Auf diese Weise hatten die Markttheidenfelder relativ schnell einen Kapitalgrundstock von 250.000 Euro beisammen.

Diese Variante komme für Erlenbach in Anbetracht der schlechten finanziellen Lage nicht in Frage, da waren sich alle kommunalpolitischen Vertreter im Bürgerkeller einig. Harth warnte aber auch gleich vor der Hoffnung, einen oder mehrere Großspender aus der heimischen Wirtschaft zu finden: „Bei uns hat sich das nicht bewahrheitet; die Distanz der Unternehmer zu lokalen Aktivitäten ist offenbar zu groß.“ Immerhin konnte man in Markttheidenfeld im Zuge der Gründung der Bürgerstiftung einige ehrenamtliche Personen gewinnen, die sich regelmäßig treffen und über die Vergabe der Mittel beraten und auch entscheiden.

Dennoch sprach sich Harth für die Gründung einer solchen Stiftung aus. Mit den anfallenden Zinserträgen in Höhe von 9.000 Euro, die der Kapitalgrundstock von 250.000 Euro jährlich einbringt, haben die Markttheidenfelder beispielsweise ein Neujahrskonzert organisiert und finanziert, eine neue Orgel, eine Kindertheateraufführung und Konzerte des Akkordeonorchesters bezuschusst. „9.000 Euro scheint keine große Summe zu sein, aber man kann viel damit bewegen“, sagte Harth. Allerdings sei eine Bürgerstiftung nicht dafür da, Kommunen von ihren Leistungen zu befreien. Es gehe vielmehr um ein zusätzliches Angebot. Wie man denn Bürger dazu bewegen könne, für solch eine unabhängige und selbstständige Stiftung zu spenden, wollten die Anwesenden wissen. „Einzig und allein durch persönlichen Kontakt“, sagte Harth.

## Die Bürgerstiftung ist keine Lösung für finanzielle Engpässe der Kommunen

Ernst Roth lobte den Grundgedanken einer Bürgerstiftung und betonte, dass man hier nur langfristig und im Konsens mit den anderen politischen Gruppierungen im Stadtrat etwas erreichen könne. Auch wenn die Zuhörer am Ende des Abends einsehen mussten, dass eine Bürgerstiftung nicht die schnelle Lösung für finanzielle kommunale Engpässe ist, so wollten sie die Idee dennoch nicht sofort begraben. „So eine Bürgerstiftung ist eine inter-

essante Sache, deswegen werden wir das Thema in den nächsten Monaten noch bearbeiten und langfristig im Auge haben“, sagte Wolfgang Großmann.

Weitere Informationen zu dem Thema Bürgerstiftung gibt es auch im Internet unter [www.buergerstiftung.de](http://www.buergerstiftung.de) oder bei [www.marktheidenfeld.de](http://www.marktheidenfeld.de).

## Zusammenfassung:

**Eine Bürgerstiftung ist:**

- Eine selbständige und unabhängige Institution
- zur Förderung verschiedener gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke
- in einem geografisch begrenzten, d.h. lokalen oder regionalen Wirkungsraum,
- die einen langfristigen Vermögensaufbau betreibt und
- ihre Organisationsstruktur und Mittelvergabe transparent macht

## Zum Jahreschluss

Ich danke dem Vorstand des BKB, dem Ersten Vorsitzenden und Rechtsanwalt Volker Heiduk, dem Landesvorsitzenden und Landrat Armin Grein, dem Bezirksvorsitzenden Klaus Förster sowie Michael Schmitz für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2004. Klaus Förster und Michael Schmitz gilt auch mein Vergelt's Gott für den Aufbau der BKB-Homepage ([www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de)) und der Koordination der E-Mail-Adressen. Des Weiteren gilt mein Dank Frau Erika Väth, unserer Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle, und unseren Bildungsbeauftragten in den Bezirken für ihr Engagement, ferner FW-Geschäftsführer Michael Fischl für seinen Einsatz für unsere Bildungszeitschrift „der freie Wähler“ und allen, die sich mit Bildungs- und Informationsbeiträgen beteiligten.

Ich danke allen Lesern für ihr Wohlwollen.

Ich wünsche allen Freunden mit Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2005.

Ihre

Waltraut Wellenhofer  
Bildungsleiterin

**P.S. Bitte unterstützen Sie uns auch im neuen Jahr bei unserer Bildungsarbeit. Wir bitten deshalb alle Ortsvorsitzenden, die E-Mail-Adressen ihrer Mitglieder als Exportdatei an Klaus Förster ([gk.foerster@t-online.de](mailto:gk.foerster@t-online.de)) zu senden. Wir können dadurch unsere Papier- und Portokosten senken und dafür im Gegenzug die Bildungsarbeit intensivieren.**

# Liebe FREIE WÄHLERINNEN und FREIE WÄHLER,

das Jahr 2004 ist fast zu Ende. Wie bereits in den vergangenen Jahren mussten wir in unseren Städten, Kreisen und Gemeinden mit einer vorher nicht gekannten Finanzmisere zurecht kommen. Trotz des aufgrund der finanziellen Belastungen enger werdenden Spielraums konnten wir uns vielfach mit Erfolg für zugleich sachgerechte und für den Bürger vorteilhafte Lösungen einsetzen.



der Zukunft stellen. Vor allem bei der Familienpolitik werden wir uns intensiv zu Wort melden. Die katastrophale Geburtenentwicklung bedroht vor allem viele unserer ländlichen Regionen. Sinkende Einwohnerzahlen, eine überalterte Gesellschaft und der Verlust vieler Arbeitsplätze bedrohen den Wohlstand und die Standards, die wir in unseren Kommunen in Jahrzehnten harter Arbeit erkämpft haben. Wir werden in der Gesellschafts- und Familienpolitik, in der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik Lösungsansätze aufzeigen, damit wir und unsere Nachkommen auch in Zukunft in einem prosperierenden Gemeinwesen leben können.

Ich bedanke mich herzlich bei allen FREIEN WÄHLERINNEN und FREIEN WÄHLERN Bayerns für ihr kommunal- und landespolitisches Engagement im zu Ende gehenden Jahr. Alle, insbesondere unsere Vorstandschaften und unsere kommunalen Mandatsträger, haben viel Zeit und Arbeit investiert, um unsere Heimat gesellschaftlich, wirtschaftlich, sozial und kulturell weiter zu entwickeln. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, die Sie Ihre Kraft für die FREIEN WÄHLER eingesetzt haben.

Wir werden auch im kommenden Jahr zusammenarbeiten und unserem Prinzip einer sachbezogenen, ideologiefreien und bürgernahen Politik treu bleiben. Wir werden uns den großen Herausforderungen

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnacht, alles gute und viel Erfolg im neuen Jahr.

Ihr

Armin Grein  
Vorsitzender des FW-Landesverbandes



Im Bild: Dr. Schwinger (r.) und sein Stellvertreter Peter Dotzler (l.) überreichen Hermann Bäumler die Urkunde sowie seiner Gattin ein Blumenbouquet für das Verständnis, das sie der Tätigkeit ihres Mannes über viele Jahre entgegengebracht hat.

Auf sein 25-jähriges Bestehen konnte der FW-Kreisverband Amberg-Sulzbach bei einer Feier in Vilseck zurückblicken. In Anwesenheit zahlreicher Mandatsträger wie den Kreisräten Peter Dotzler, Franz Dorfner, Sepp Falk und Wilhelm Ertl sowie Mitgliedern aus den Ortsverbänden der Freien Wähler konnte FW-Kreisvorsitzender Dr. Klaus Schwinger bilanzieren: „Wir haben uns zu einer mitentscheidenden politischen Kraft im Landkreis entwickelt“.

Zum Kreisverband gehören aktuell 19 Ortsverbände mit circa 1.000 Mitgliedern. Die FW stellen derzeit fünf Erste Bürgermeister im Landkreis, einen stellvertretenden Landrat sowie sehr viele Stadt-, Markt- und Gemeinderäte.

Im Rahmen seiner 25-Jahr-Feier ernannte der Kreisverband den langjährigen ehemaligen Kreisvorsitzenden Hermann Bäumler (Hahnbach) zum Ehrenkreisvorsitzenden. Auch seitens des FW-Landesverbandes wurde Bäumler eine hohe Ehrung zuteil. Im Namen des Landesvorsitzenden Armin Grein heftete Dr. Schwinger dem neu ernannten Ehrenkreisvorsitzenden die Ehrennadel in Gold ans Revers.

## Freie Wähler Homepage mit Content

### Management System Von Christoph Forman

Für die Orts- und Kreisverbände der Freien Wähler wird zur Zeit die Möglichkeit geschaffen, den Internetauftritt mit einem Content Management System schneller und einfacher zu verwalten. Pünktlich zur Landtagswahl im letzten Jahr wurde das Design für die FW-Internetseiten überarbeitet. Auch wenn wir mit dem Aussehen der neuen Homepage sehr zufrieden waren, hatte sie ein entscheidenden Nachteil: Das Erstellen neuer Artikel war mit einem längeren Zeitaufwand verbunden und man benötigte Programmierkenntnisse in der Sprache HTML. Da wir unsere Homepage aber immer aktuell halten wollten, musste eine Lösung für dieses Problem gefunden werden.

### Content Management

Bei der Suche sind wir auf Content Management Systeme (kurz: CMS) gestoßen. Ein CMS

**FW Oberasbach e.V.**  
Home Vorstand Stadtrat Verein Termine Kontakt Links  
2004 2003 2002

**Aktuelles**

**Aus Liebe zum Wald**

**13. Oktober**

**Volksbegehren: "Aus Liebe zum Wald"**

Antrag: Der Stadtrat der Stadt Oberasbach möge beschließen,

- das überparteiliche Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ zu unterstützen und daher
- dem Unterstützerteam des Volksbegehrens „Aus Liebe zum Wald“ offiziell beizutreten.
- das Volksbegehren rechtzeitig anzukündigen und bürgerfreundliche Öffnungszeiten zu gewährleisten
- im Amtsblatt der Stadt Oberasbach auf das Volksbegehren hinzuweisen

**Begründung:**

- Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, das Bayerische Waldgesetz und die Bewirtschaftung der Staatswälder einschneidend zu verändern.
- Die staatliche Forstverwaltung soll in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden, die den Staatswald, immerhin 10 % der Landesfläche, vorrangig gewinnorientiert bewirtschaften soll. Entgegen dem Rat der meisten Experten sind kostenintensive Umstrukturierungen, ein erheblicher Abbau an Fachpersonal und eine drastische Verringerung der Investitionen in naturnaher Mischwälder geplant. Die staatliche Unterstützung und Beratung für Körperschafts- und Privatwald soll erheblich abgebaut bzw. verteuert werden.
- Die Schutzfunktionen des Waldes (v.a. Hochwasser-, Trinkwasser-, Boden- und Klimaschutz sowie die Erholungsfunktion) würden infolge dieser sog. „Forstreform“ massiv beeinträchtigt, mit negativen Auswirkungen und hohen Folgekosten für alle Bürgerinnen und Bürger, auch in der Stadt Oberasbach.
- Das Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ bringt für unsere Stadt zahlreiche Vorteile und sichert die für die Stadt Oberasbach und deren Bürgerinnen und Bürger wichtigen Gemeinwohlfunktionen des Waldes.

wald.pdf - Antrag im Wortlaut 108 K

Auf der Homepage der FW Oberasbach (<http://www.fw-oberasbach.de>) kann man sich einen ersten Eindruck einer mit Typo3 gestalteten FW-Website verschaffen.

solcher Systeme muss sich nur noch um den Inhalt der Homepage kümmern. Viele professionelle Seiten im Internet werden auf diese Weise betrieben. Unter der Vielzahl von Content Management Systemen haben wir uns für „Typo3“ entschieden. Wirtschaftsunternehmen oder Vereine wie der 1. FC Nürnberg, der Hamburger SV, die Spielwarenmesse Nürnberg, ARAL Energie oder SMART (USA) setzen heute Typo3 ein.

ist ein System, mit dem man die Inhalte einer Internetseite verwalten und administrieren kann. Der Vorteil dieser Systeme ist, dass der Inhalt vom Design der Seite getrennt ist. Das Aussehen wird einmal erstellt. Der Benutzer

Der große Vorteil von „Typo3“ ist, dass es vom Entwickler Kasper Skårhøj als Open Source ins Internet gestellt wurde. Das bedeutet, dass man es kostenlos aus dem Internet herunterladen und verwenden kann. Auf die Freien Wähler kommen daher neben

der Miete des Servers keine weiteren Kosten zu.

Wie bei Content Management Systemen üblich, gibt es bei Typo3 eine Web-basierte Redaktionsumgebung, mit deren Hilfe man die Artikel auf die Homepage stellt. Mit dieser erstellt und bearbeitet man die Seiten der Homepage. Dies geht genauso einfach wie man es z.B. von Textverarbeitungsprogrammen gewöhnt ist. Dadurch nimmt das Administrieren der Homepage viel weniger Zeit in Anspruch als vorher. Mit einem Login-Name und dem dazugehörigen Passwort kann man sich von überall mit einem Browser in die Redaktionsumgebung einloggen und seine Homepage verwalten.

### Welche Vorteile bietet zur Zeit unser neues System?

In der linken Spalte steht die Rubrik „Aktuelles“. Auf jeder Seite hat hier der Betrachter mit einem kurzen Text und Bild die neusten Themen fest im Blick. Bei Interesse kann er über einen direkten Link den kompletten Arti-

kel lesen. In dieser Rubrik befindet sich auch eine Suchmaschine. Mit ihr kann man Artikel der Homepage nach Stichworten suchen lassen. Mit dem Menüpunkt Druckversion kann sich der Besucher einen Artikel ausdrucken lassen, wobei ihm eine speziell für Drucker optimierte Seitenansicht in einem neuen Fenster angeboten wird.

Mit der Terminverwaltung können veraltete Termine automatisch ausgeblendet werden.

Weil Typo3 modular aufgebaut ist, kann man später ohne Probleme und ohne große Änderungen die Website um neue Funktionen erweitern. Als nächstes soll die Möglichkeit hinzukommen, Newsletter über die Redaktionsumgebung zu versenden.

### Ausblick

Zur Zeit läuft dieses System auf einem Probe-Server unter Linux. Er hat sich im täglichen Einsatz bewährt. Wir hatten bisher keinen Systemausfall. Um „Typo3“ einem größeren Interessentenkreis anbieten zu können, benötigt man einen leistungsstarken Server mit schnel-

ler Internetverbindung. Der FW-Landesverband beabsichtigt, einen solchen Server anzumieten. Damit würden in Zukunft für alle Orts- und Kreisverbände, die mit Typo3 arbeiten wollen, eigene Providerkosten entfallen. Ein solches Angebot hätte für die Freien Wähler einen weiteren doppelten Nutzen. Die Pflege der Homepage erfordert wesentlich weniger Aufwand und sie hätte ein einheitliches professionelles Aussehen. Ein Besucher solcher FW-Seiten würde sie sofort mit den Freien Wählern in Verbindung bringen. Auf diesen Wiedererkennungswert (Corporate Identity – Corporate Design) legt die Industrie größten Wert. Wir sollten uns daran ein Beispiel nehmen.

Die fertige Homepage können Sie sich am Beispiel des FW-Ortsverbandes Oberasbach unter der Domain [http://www.fw-oberasbach.de] ansehen. Wenn Ihr Orts- oder Kreisverband Interesse an Typo3, an Schulungen zu diesem System und der kostenfreien Nutzung des Systems auf dem FW-Server haben, dann wenden Sie sich bitte an die FW-Landesgeschäftsstelle.

## Hartz IV – Chance oder Risiko?

Von Andreas Knie, Oberbürgermeister a.D. und Bezirksrat

### Wie kam es zu Hartz IV?

Steigende Sozialhilfeausgaben bei den Kommunen und steigende Ausgaben in der Arbeitslosenhilfe durch die ständig zunehmende Zahl von Langzeitarbeitslosen veranlassten die Bundesregierung, durch Reformen der Sozialgesetze und eine Reihe von Einzelmaßnahmen Veränderungen in der bisherigen Leistungsstruktur herbeizuführen. Ein Reformpaket unter anderen – inzwischen bundesweit unter dem Begriff Hartz IV bekannt – war die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bei Langzeitarbeitslosen zum Arbeitslosengeld II.



gen Verhandlungen wurde im Juli 2004 erreicht, dass die Kommunen vom Bund für die erhöhten Unterkunftskosten eine Finanzhilfe in Höhe von 3,2 Milliarden Euro erhalten. Zudem wird eine Revisionsklausel in das Gesetz aufgenommen, die den Kommunen zusichert, dass durch halbjährliche Abrechnung die tatsächliche Entlastung von 2,5 Milliarden Euro bleibt.

### Was bedeutet Hartz IV für den Bürger?

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) ersetzt die derzeitige Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Das ALG II ist anders als das Arbeitslosengeld I keine Versicherungsleistung, sondern eine aus Steuermitteln finanzierte Fürsorgeleistung. Deshalb orientiert sich die Höhe der Leistung nicht am letzten Nettolohn, sondern am Bedarf der Empfänger. Deshalb wird es ALG-II-Bezieher geben, die zukünftig weniger und andere, die mehr als bisher erhalten. Anspruch haben alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zwischen 15 und unter 65 Jahren, die keinen Anspruch auf das reguläre Arbeitslosengeld I haben oder deren Anspruchszeit abgelaufen ist. Für nicht erwerbstätige Familienangehörige im gemeinsamen Haushalt, zum Beispiel Ehe- oder Lebenspartner und Kinder (Bedarfsgemeinschaft) gibt es „Sozialgeld“.

**Erwerbsfähig** ist, wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich arbeiten kann.

**Hilfebedürftig** ist, wer den eigenen Bedarf und den seiner im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen und Partner aus eigenen Mitteln nicht oder nicht ganz decken kann.

### Wie hoch ist das Arbeitslosengeld II?

Die Regelleistung des ALG II beträgt in den alten Bundesländern 345 Euro, in den neuen Ländern 331 Euro. Paare erhalten im Westen 622 Euro (im Osten 596 Euro). Für jedes Kind bis 14 Jahre gibt es 207 (199) Euro, für Kinder bis 18 Jahre 276 (265) Euro Sozialgeld zusätzlich. Ob man ALG II bekommt, hängt vom Einkommen des Lebenspartners ab! Verwandte ersten Grades (Eltern und Kinder) sind dagegen nicht unterhaltspflichtig. Ausnahme: Eltern, die mit langzeitarbeitslosen Kindern unter 25 Jahren zusammen leben, müssen für diese aufkommen, solange die Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist. Auskunft über die genaue Höhe der Leistungen erhalten die Hilfeempfänger nach Abgabe ihrer Anträge.

Darüber hinaus werden die Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Mindestbeitrag zur Rentenversicherung (derzeit 78 Euro), mit dem allerdings nur minimale Rentenansprüche erworben werden, übernommen. Zusätzlich zu diesen Leistungen gibt es die Ko-

sten für Unterkunft und Heizung - und zwar in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen. Diese müssen allerdings angemessen sein (abhängig von den vor Ort üblichen Wohnkosten). Diese Leistungen für die Unterkunft zahlen die kreisfreien Städte und die Landkreise.

### **Wie ist es mit Vermögen, Wohneigentum und anderen Einkünften?**

Eigenes Einkommen und andere Sozialleistungen verringern in der Regel die Ansprüche auf ALG II. Anrechnungsfrei sind Erziehungsgeld und Pflegegeld. Voll angerechnet werden zum Beispiel Krankengeld, Rente sowie Kindergeld. Das Arbeitseinkommen des ALG II-Beziehers und der mit ihm zusammenlebenden Familienmitglieder wird nicht voll auf ihre Ansprüche angerechnet. Nicht angerechnet werden Fahrtkosten, Werbungskosten, eine Pauschale für Versicherungen sowie ein Freibetrag für Erwerbstätigkeit, der von der Höhe des Verdienstes und den individuellen Abzügen abhängt.

Eine „angemessene“ Immobilie ist erlaubt, wenn sie selbst genutzt wird. Die Obergrenze für eine Wohnung liegt bei 120 m<sup>2</sup> Wohnfläche, für ein Haus bei rund 130 m<sup>2</sup>.

Die Bezieher von ALG II dürfen gewisse Ersparnisse besitzen. Diese sind abhängig vom Alter der Bezieher. Erlaubt sind 200 Euro pro Lebensjahr, höchstens jedoch 13000 Euro pro Person. Für Gelder, die eindeutig der Altersvorsorge dienen, gilt ein zusätzlicher Freibetrag von 200 Euro pro Lebensjahr. Für Personen, die vor dem 1.1.1948 geboren sind, gilt ein Freibetrag von 520 Euro pro Lebensjahr. Dies sind nur allgemein gültige Festlegungen. Was für jeden persönlich zutrifft, sollte bei den Arbeitsgemeinschaften oder Sozialämtern erfragt werden.

### **Wie und von wem wird Hartz IV bearbeitet?**

In den meisten Fällen (Ausnahme zum Beispiel Schweinfurt oder Erlangen) werden in den kreisfreien Städten und den Landkreisen so genannte Arbeitsgemeinschaften zwischen der Arbeitsverwaltung (Agentur für Arbeit) und der Sozialverwaltung (Kreisfreie Stadt oder Landratsamt) gebildet. Das Personal setzt sich aus Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung und der Sozialämter zusammen. Personal- und Sachkosten trägt der Bund, ebenso die Kosten für die Förderung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Gerade in diesem Bereich ist es von großer Bedeutung, dass die Sozialämter ihre besten Mitarbeiter in die Arbeitsgemeinschaften abstellen. Denn das vorrangige Ziel muss die schnellstmögliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt sein. Gerade hier haben die Kommunen in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie mit Projekten wie „Hilfe zur Arbeit“ sehr erfolgreich Sozialhilfeempfänger in Ar-

beit vermittelt haben. Besonderes Augenmerk ist darauf zu legen, junge Arbeitslose unter 25 Jahren zuerst eine Ausbildung und anschließend Arbeit zukommen zu lassen. Den so genannten Fallmanagern in den Arbeitsgemeinschaften steht dafür eine breite Palette an Förder- und Eingliederungsmöglichkeiten zur Verfügung. Im Idealfall soll zukünftig ein Vermittler 75 Arbeitssuchende betreuen. Ob dieses hohe Ziel mit dem bisher zur Verfügung stehenden Personal erreicht werden wird, ist noch fraglich.

Die kreisfreien Städte und Landkreise sind darüber hinaus zuständig für

- Kosten der angemessenen Unterkunft und Heizung
- Schuldnerberatung
- Psychosoziale Betreuung
- Suchtberatung
- Kinderbetreuung
- Häusliche Pflege von Angehörigen
- Erstausrüstung für Wohnung und Bekleidung

### **Schafft Hartz IV neue Arbeitsplätze?**

Die Antwort lautet erst einmal „Nein“. Allerdings wird der Druck auf die Bezieher von ALG II, eine zumutbare Arbeit anzunehmen, größer werden. Langzeitarbeitslose sollen ab Januar 2005 verpflichtet werden, nahezu jeden Job anzunehmen – auch Minijobs. Wer Arbeitsangebote ablehnt, muss mit Kürzungen der Leistungen rechnen.

Daneben sollen möglichst viele „1- oder 2-Euro-Jobs“ geschaffen werden. Hierbei handelt es sich um öffentlich geförderte Beschäftigungen, das sind Arbeitsgelegenheiten mit einer Mehraufwandsentschädigung von 1 bis 2 Euro pro Stunde. Diese Jobs müssen im öffentlichen Interesse liegen und begründen kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Sie dienen hauptsächlich der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben, der Vermittlung neuer Qualifikationen, der Verbesserung der Integrationschancen in den Arbeitsmarkt und der Aufrechterhaltung der Erwerbsfähigkeit. Diese Zusatzjobs dürfen keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen oder die Neueinrichtung verhindern. Und sie müssen im öffentlichen Interesse liegen. Als Träger solcher Zusatzjobs eignen sich Kommunen und karitative Einrichtungen wie Heime, Krankenhäuser oder gemeinnützige Institutionen. Die Träger solcher Zusatzjobs erhalten neben der Mehraufwandsentschädigung für die Beschäftigten auch Kosten für Qualifizierung, Anleitung und Betreuung des Hilfebedürftigen. Gerade in strukturschwachen Regionen können diese Jobs eine Chance für Langzeitarbeitslose bieten.

Den Fallmanagern kommt die besondere Aufgabe zu, die jeweils für das Arbeitsfeld geeigneten Kandidaten auszuwählen, sie zu motivieren und gegebenenfalls zu qualifizie-

ren. Von besonderer Bedeutung ist die Integration der unter 25-jährigen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Jugendliche ohne Ausbildung sind vorrangig in eine Ausbildung zu vermitteln.

### **Was bringt die Zukunft?**

Hartz IV wird unsere Probleme mit der hohen Zahl von Arbeitslosen nicht lösen. Es könnte aber ein richtiger Schritt in die Zukunft sein, wenn jeder an seiner Stelle seine Aufgaben erfüllt und sich intensiv um dieses Thema kümmert. Dies gilt auch für die Wirtschaft, die wieder den Mut haben muss, Menschen durch Arbeit eine Chance zu geben.

Die Arbeitsgemeinschaften stehen mit den Agenturen für Arbeit im Wettbewerb um Arbeitsplätze. Jeder möchte vorrangig seine „Kunden“ wieder in Arbeit bringen. Ohne neue Arbeitsplätze in unserem Land wird dies ein schwieriges Unterfangen werden. Es muss deshalb unser gemeinsames Ziel sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, und seien es am Anfang nur 1-oder2-Euro-Jobs, aus denen vielleicht reguläre Arbeitsplätze werden. Instrumente wie Probearbeitsverhältnisse, Lohnkostenzuschüsse, Qualifizierungen nach dem echten Bedarf der Wirtschaft und die Förderung von Selbständigkeit müssen konsequent eingesetzt werden.

Nicht behandelt habe ich in diesem Aufsatz die Ausländer, Aussiedler und Kontingentflüchtlinge, für die bei Hartz IV die Bezirke zuständig sind. Grundsätzlich gilt, dass detaillierte Auskünfte bei den Arbeitsgemeinschaften eingeholt werden sollten. Dieser Aufsatz kann nur einen unvollständigen Überblick über Hartz IV geben.

Noch eine letzte Anmerkung zum Freistaat Bayern. Ministerpräsident Dr. Stoiber hat beim Bayerischen Städtetag 2004 in Regensburg erklärt, dass die Einsparungen des Freistaates beim Wohngeld an die Kommunen weitergegeben werden! Wir werden ihn daran erinnern!

### **Was können wir Freie Wähler tun?**

Wir Freien Wähler sollten es uns zur Aufgabe machen, intensiv mitzuwirken an der Umsetzung dieser Maßnahmen. Vorschläge für Zusatzjobs können sicher in jeder Kommune gefunden werden. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass es uns gelingen kann, in unserem Land neue Arbeitsplätze gerade auch im Handwerk und Dienstleistungsbereich zu schaffen. Dazu müssen wir allerdings in unseren Gemeinden neue Wege gehen, den Bedarf an Leistungen in der Bevölkerung konkret abfragen und daraus Konzepte für Beschäftigung entwickeln. Mein persönliches politisches Interesse geht in diese Richtung. Freie Wähler, die an solchen Zukunftskonzepten mitwirken wollen, sind herzlich dazu eingeladen.

## 30-jähriges Jubiläum

Sein 30-jähriges Jubiläum konnte der FW-Kreisverband Nürnberger Land in Lauf-Heuchling feiern. Landrat Helmut Reich, der selbst jahrzehntelanger Mitstreiter der Freien Wähler ist, lobte in seiner Begrüßungsrede die Vereinigung für ihr bürgernahes Engagement. Pressesprecherin Vera Dietl stellte mit einer Bildpräsentation die Chronik des Kreisverbandes vor. Der Kreisvorsitzende und Bezirksrat Klaus Hähnlein, der stellvertretende Kreisvorsitzende Werner Wolter und Geschäftsführer Georg Steger

ehrten zu diesem Anlass 36 Mitglieder für ihre langjährige Treue und ihr unermüdetes Engagement. Eingeteilt nach Ortsverbänden, nahmen sie die Auszeichnungen entgegen. Zwei von ihnen wurden von Werner Winter (Landesvorstand) besonders ausgezeichnet. Hans Lenz vom Ortsverband Leinburg und Hans Holzammer aus Schnaittach erhielten die goldene Ehrennadel des Landesverbands. Unser Bild zeigt Manfred Bösler, den langjährigen Vorsitzenden der FW Alfeld, der vom Kreisvorsitzenden Klaus Hähnlein zum ersten Ehrenmitglied des Kreisverbands ernannt wurde.



## SEMINARKALENDER 1/2005

Termin	Referent	Thema	Veranstaltungsort
<b>Februar</b>			
19.2.	Sa	BKB Hauptversammlung	
25.2.	Fr	Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person
25.2.	Fr	Kleiber	Verwaltungsthema wird noch benannt
25.2.	Fr	Stallmeister	Modernes Kommunalmanagement
26.2.	Sa	Schneider	Dorferneuerung/kleines Seminar
26.2.	Sa	Stallmeister	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune
<b>März</b>			
4.3.	Fr	Wagner	Baurecht, Neues BauGB
4.3.	Fr	Peetz	Die örtliche Rechnungsprüfung
5.3.	Sa	Wagner	Baurecht, Neues BauGB
5.3.	Sa	Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person
<b>April</b>			
8.4.	Fr	Stallmeister	Doppik
9.4.	Sa	Schneider	Dorferneuerung
9.4.	Sa	Wamser	Rechte und Pflichten im Gemeinderat
9.4.	Sa	Mayer	Medienarbeit in der Kommunalpolitik
15.4.	Fr	Stallmeister	Umstellung auf kaufmännische Buchführung
16.4.	Sa	Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person
16.4.	Sa	Kleiber	Rechnungsprüfung
22.4.	Fr	Stallmeister	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune
29.4.	Fr	Stallmeister	Umstellung auf kaufmännische Buchführung
29.4.	Fr	Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Kommunen
30.4.	Sa	Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Kommunen
<b>Juni</b>			
3.6.	Fr	Taubmann	Straßenausbaubeitragsrecht
4.6.	Sa	Wagner	Eingriffsregelung und BauGB
4.6.	Sa	Taubmann	Kommunales Haushaltsrecht
10.6.	Fr	Wamser	Rechte und Pflichten im Gemeinderat
18.6.	Sa		BKB Dienstbesprechung
24.6.	Fr	Stock	Der Verkehrsentwicklungsplan
25.6.	Sa	A.Schmitz	Kommunikationstraining
<b>Juli</b>			
1.7.	Fr	Peetz	Wirtschaftlichkeitsrechnung, öffentliche Unternehmen
2.7.	Sa	Stallmeister	Kommunalmarketing
9.7.	Sa	Kleiber	Einnahmequellen – versiegen sie?
9.7.	Sa	A.Schmitz	Kommunikationstraining - Gesprächsführung im Gemeinderat und in Ausschüssen
15.7.	Fr	Taubmann	Erschließungsbeitragsrecht, Kalkulation von Gebühren
22.7.	Fr	Stallmeister	Gemeindeentwicklungsplanung

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf unserer Homepage [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de). Auch die kleinen, regionalen Seminare mit einer Dauer von etwa 2 Stunden finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.